Ein Wort der Kritik kann das Studium kosten

Die türkische Regierung will ihre Auslandsstudenten an die kurze Leine nehmen

Von Jutta Roitsch

„Hakki Keskin, der in Deutschland Politologie studiert, wurden gemäß Artikel 21 b der Verordnung für die türkischen Studenten im Ausland ab 8. Mai 1969 seine Devisen und die Genehmigung zum Studium in der Bundesrepublik entzogen. Ihm können nur zum Zweck der Rückreise Devisen erstattet werden." Dieses zum größten Teil vorgedruckte bündige Schreiben des Beauftragten des türkischen Kultusministers in der Bundesrepublik flatterte in den letzten Wochen nicht nur Hakki Keskin, dem 1. Vorsitzenden der türkischen Studentenföderation in Deutschland e. V. (A.T.Ö.F.) ins Haus, sondern auch Ahmet Aktas, dem 1. Vorsitzenden des türkischen Studentenverbandes in West-Berlin, Mustafa Demir, Ahmet Turan Tagmat, Omer Tulgan, Güner Yüreklik, Erkan Ünal, Necdet Oypan und Turgat Mangaöglis.

Keskin und Yüreklik sind Studenten der Freien Universität, die übrigen Türken studieren an der Technischen Universität Berlin. Gegen die Entscheidung des in Bad Godesberg bei Bonn residierenden Beauftragten können die Betroffenen keine Rechtsmittel einlegen. Nach der bereits 1965/66 gegenüber türkischen Studenten in Stuttgart gehandhabten Praxis der türkischen Behörden droht den Türken in Berlin, daß sie ihr Studium abbrechen oder sich jeder politischen Betätigung enthalten müssen, um eine Paß- und Aufenthaltsverlängerung zu erreichen.

Doch gerade die letzte Forderung ist für die Studenten nicht erfüllbar. Hakki Keskin: „Die Türkei ist ein Entwicklungsland, doch unsere Regierung versucht das zu verheimlichen. Und hier hört man kaum etwas davon, was in unserem Lande vorgeht." 55 Prozent der türkischen Bevölkerung sind immer noch Analphabeten, 15 000 Dörfer haben weder Schulen, Straßen noch Trinkwasser. Dennoch ist die Abiturientenquote des 33-Millionen-Volkes relativ hoch. Etwa 30 000 junge Menschen beenden durchschnittlich pro Jahr die Oberschule, rund 14 000 können die ohnehin überfüllten Universitäten nur verkraften. Sie werden durch Prüfungen ausgewählt, doch wenn zu viele die Fragebogen richtig beantwortet haben, dann spielen Beziehungen, Privilegien und ähnliches eine Rolle bei der Auswahl. Dies als Türke im Ausland öffentlich auszusprechen, erfüllt bereits den Tatbestand der Verordnung aus dem Jahre 1958 für die türkischen Studenten im Ausland, denn Klassenunterschiede gibt es nach der offiziellen Lesart in der Türkei nicht. Also haben die Türken, die in Flugblättern und Demonstrationsveranstaltungen in der Bundesrepublik auf diese Zustände hingewiesen haben, die „Ehre und das Ansehen" verletzt und an Aktionen teilgenommen, „die gemäß den Gesetzen des Türkischen Staates für das Land als schädlich angenommen werden könnten".

Die Handhabe, die die türkischen Behörden gegen ihre unliebsamen Studenten im Ausland haben, möchte die Demirel-Regierung in Ankara nun auch in ähnlicher Form im Lande selbst, das seit 1961 eine Verfassung hat, die unter Staatsrechtlern als eine der liberalsten Verfassungen der Welt gilt, gesetzlich verankern. Offiziell heißt die geplante Maßnahme „Gesetz zur Verteidigung der Verfassung", doch die türkischen Studenten in der Bundesrepublik und ihre Kommilitonen in der Türkei selbst nehmen für sich in Anspruch, daß sie die Verteidiger der Verfassung sind. Denn praktisch fällt, so schrieb kürzlich der türkische Korrespondent der französischen Tageszeitung „Le Monde", jede Erwähnung der Existenz von Klassen und sozialen Gruppen, sowie jede sozio-ökonomische Analyse der türkischen Gesellschaft unter dieses Gesetz, mit dem Ministerpräsident Süleyman Demirel die in diesem Jahr stattfindenden Wahlen gewinnen will.

Mit dieser Maßnahme hofft die Regierung offensichtlich, die seit etwa einem Jahr immer wieder ausbrechenden Studentenunruhen kontrollieren zu können. Die Bewegung der Studentenschaft, die größtenteils von der Republikanischen Volkspartei des Ismet Inönü unterstützt wird, entzündete sich nicht nur an den sozialen Mißständen, sondern an dem immer stärker werdenden amerikanischen Einfluß auf die türkische Politik und Wirtschaft. Beim Besuch der 6. US-Flotte vor fast einem Jahr kam es zu den ersten schweren Unruhen. Seitdem häuften sich die Zwischenfälle.

Der Generalsekretär der Volkspartei, Bülent Ecevit, machte sich in der diesjährigen Etatrede zum Sprachrohr des türkischen Unbehagens. Er sagte wörtlich: „In gefährlicher Weise haben wir unsere ökonomische Selbständigkeit verloren. Dies führt dazu, daß die Souveränität der Türkei in Frage gestellt wird. Dies alles findet in der Bevölkerung, in der Jugend eine sehr große Reaktion, wobei die Regierung nicht mehr weiß, was sie zu tun gedenkt."

Die grundlegenden Probleme ergeben sich in der Türkei unter anderem aus der NATO-Mitgliedschaft. Auf 35 Millionen Hektar Boden haben die USA, ohne daß sie dafür einen Pfennig Geld bezahlen, 100 militärische Basen errichtet. Nicht einmal der türkische Stabschef hat zu diesen Stützpunkten Zutritt. 78 Prozent der Entwicklungshilfe ist militärische Entwicklungshilfe. Auch die Bundesrepublik erhält auf Grund von NATO-Vereinbarungen türkische Munition. Das Entwicklungsland Türkei hat innerhalb der NATO die höchsten Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung.

Die beschnittene Souveränität ihres Landes macht den Enkeln Atatürks zu schaffen, im Lande selbst und auch im Ausland. Die Fackeln, die in diesen Tagen vor dem türkischen Konsulat in West-Berlin brennen, sollten auch von der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie „beschmutzen" das Ansehen des türkischen Staates ganz gewiß nicht.

Türken protestieren gegen Entzug

ko BERLIN, 19. Juni (Eig. Bericht). Aus Protest gegen den von der türkischen Regierung in Ankara ausgesprochenen Entzug der Studiengenehmigung für 16 in Westeuropa studierende Studenten veranstaltet am heutigen Freitagabend der Türkische Studentenverband in West-Berlin ein internationales Teach-in im Auditorium maximum der Technischen Universität.

(Siehe auch Seite 3: „Ein Wort der Kritik kann das Studium kosten")

S. 1.

Frankfurter Rundschau, 20 Juni 1969, S. 3.